

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Döhnhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Döhnhoff 3686—3699. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

10 Pf. [Ausgabe 1517] • Nr. 167

DONNERSTAG, 7. APRIL 1932

MORGEN-AUSGABE

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) i. V. K.-W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Tardieu rühmt seine Verdienste

Eine offenherzige Wahlrede

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. APRIL

Die große Wahlrede, die Tardieu heute abend in Paris auf dem Bantet der Zweitaufend gehalten hat, ist ein ausführlicher, aber recht temperamentoloser, überaus makrovolles Redenheitsbericht. Tardieu verzichtete beim Vortrag vollständig auf jedes Polon, nur zum Schlus zog er gegen die Sozialisten vom Redner, die er sichtlich von den Radikalen abzusprennen suchte.

Tardieu erinnerte daran, daß er von den 70 Unterzeichnern des Friedensvertrages gegen H. y m a n s , B e n e i s h und V e n i g e l s t e i d heute noch allein in der Regierung sei und betonte, daß bis zum Jahre 1928 in der Friedenszeitung „liberal“ wohlfühlte, aber noch keine Regelung vorhanden war. Frontenkt hielt noch die direkte Zone des Rheinlandes besetzt. Es hatte die Kontrolle über die deutschen Eisenbahnen, es läßt sich auf Grund des Dawes-Planes sieben Milliarden jährlich ein, während es selbst nur zwei Milliarden zu zahlen hatte. Aber diese hohen glänzende Situation war heikel und bedrohlich; es fehlte ihr jede Garantie der Dauer. Die Belebung des Rheinlandes sollte 1935 ein Ende nehmen. Der Dawes-Plan hatte nur zeitliche Dauer und verbot dazu noch jede Mobilisierung der Schule. Wir hatten die Wahl zwischen drei Lösungen: dem negativen Nationalismus, dem leidenschaftlichen Internationalismus und dem Weg der Festigkeit und Wehrhaftigkeit. Diejenigen dritten Weg haben wir eingeschlagen.“ Der Nationalismus nämlich hätte Frontenkt isolieren, der Internationalismus nur Opfer ohne Gegenwehr gebracht. „Zwischen diesen beiden gleichmäßigen Gefahren wogen haben wir die 3 w i c h t i g s t u n g im Rahmen Poincaré, im Rahmen Laval und in meiner Regierung verfolgt. Bis zwei Monate vor seinem Tode blieb Aristide Briand ständig Außenminister in diesen Regierungen. Diese Politik ist aber auf beiden Hälften des Parlaments angegriffen worden, teils als Schwäche, teils als Provokation. Und ihre Resultate?

Der Youngplan hat die Verbindung zwischen Reparationen und Schulden gebracht und selbst das Hoover-Moratorium hat sie nicht wieder lösen können. Die freien Verhandlungen, das Abkommen vom Haag räumte unseren Beziehungenspartnern ihr bestes Argument vom „Ölstaat“. Sogar die Gesetzmäßigkeit der Sanktionen nach einem Urteil des Haager Schiedsgerichtshofs wurde feierlich anerkannt. Deutschland hat über neue Milliarden Francs bezahlt, mehr als unter jeder andern Regierung. Liquidierung nennt man das?“

Die Abfassung der Finanzpolitik, die Herausstellung der Reparationen um 20 v. H. die Räumung des Rheinlandes fünf Jahre vor der Krise, die Annahme des Hoover-Festjahrs, die Bantredite an Deutschland, direkt oder durch Vermittlung der B. P. Z. all dies beweist unser T. e r h a n d l i g u n g s w i l l e n . Sie haben aber leider nicht den Eindruck, als ob wir dafür immer belohnt werden seien. Deshalb waren jüngst Regierung und Wehrheit, ja sogar die radikale Partei darüber einig, Theorie des Prinzip der Achtung vor den Verträgen entgegenzuhalten. Braucht ich noch besonders daran zu erinnern, daß bei der „Achtung“ Alfäre Frontenkt dieser Theorie den Tod gegeben hat? Die Regierung und politisch zum Sieg verholfen hat?

Im innenpolitischen Teil seiner Rede erinnerte Tardieu an alle Maßnahmen, die zur Anfertigung der Wirtschaft und zur Überwindung der Krise getroffen worden waren. Er machte sich ein besondres Lob daraus, „die Landwirtschaft von dem Tode gerettet zu haben.“

Seine Darstellung über die Finanzpolitik beginnt Tardieu mit dem Glanzargument, daß unter der letzten Kommission der Goldbesitz der Bank von Frankreich um 47 Milliarden gestiegen sei. Gleichzeitig haben sich die fünfzehn Schulden um 50 v. H. die schwedenden um 50 v. H. vermindert. Das Schatzamt habe eine Milliarde an ausländischen Regierungen ausgeschüttet und 2,9 Milliarden zu Stützungsaktionen verwendet. Das Budget befindet sich, der Wirtschaftsstaat wegen, im Defizit, aber

nur mit 5 v. H., während andere Staaten Unterablagen bis zu 30 v. H. kennen.

Im Schluf erinnerte Tardieu daran, daß 75 v. H. der Abgeordneten der alten Räte auf den Namen und das Programm Poincaré gewählt worden seien. Er bedauerte, daß die Poincaré-Mehrheit gleich zusammengebrochen sei. Alle Regierungen, Poincaré selbst, dann Briand, Laval und er selbst hätten immer wieder eine Konzentration aller bürgerlichen Republikaner mit alleiniger Ausnahme des S. g. l. l. angestrebt; gegen die er heute mit aller Energie vorgehen müsse, da sie die Regierung und ihre Wehrheit mit unberechtigten und wahrheitswidrigen Vorwürfen überhäuteten.

Ovationen um Brüning

In Erfurt und in Weimar

Der Rangler sprach gestern in Erfurt und Weimar. Von Stuttgart war er der vereinigten Leiter der Politik des Deutschen Reiches nach Mitteldeutschland gereist, wie jeder andern mit dem fabrikamtsähnlichen Zuge. Schon sehr äußerlich unterschied sich so diese Werke für die Randsäume Hindenburgs von dem Knie in der Metzle bereut.

Derselbe Gegenjahr, der die Reise des Ranglers als die Werbung für den Geist der Pflichterfüllung und der Saftigkeit kennzeichnet, in den Reben: nichts von der pariserischen Selbstjustiz, dem überfließenden Pathos, den Fanfaren, dem Aufwand pseudo-militärischer Genossen und den Superlativen rhetorisch und technischer Mittel. Brüning sprach vor Tausenden, seinem Temperament entsprechend, mit überzeugender Muße und fast allzeitiger Strenge. Nur gelegentlich mochte er zu läbiger Worte greifen, nach seine Stimme eine höhere Tonlage an, wenn er mit den scharfsinnigen und verleumderischen Ängsten abrechnete, die die radikale Propaganda in Nürnberg über das Land ausgespielt.

Und die Wirkung war auch in Erfurt und Weimar die gleiche wie in Stuttgart und Karlsruhe: minutenlange Unterbrechungen durch Belästigung; händig zulämmende Zwischenrufe und zum Schluß eine Ovation, die nicht enden wollte...

Später sprach Brüning in Hamburg, Freitag in Stettin und Sonnabend in Königsberg.

Der Österreichische Landbund für Hindenburg

Der Österreichische Biedauer und Vorstehende des Österreichischen Landbundes, Dr. Wintler, hat dem Vorstand des Arbeitsausschusses der Bevölkerung Hindenburgs, Dr. Greer, am 4. April 1932 folgendes Schreiben gefandt:

Meine Anwesenheit in Berlin will ich nicht vorbereiten lassen, ohne Ihnen zu sagen, daß der Österreichische Landbund, dessen Vorsteher ich bin, im Gegenzug zu der uns unverhältnismäßigen Parole des Reichslandbundes die Zeile dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg hält.

Wie wahnsinnig schenkt im Interesse des Gesamtdeutschstums, daß Hindenburg als der große Führer des deutschen Volkes und der große Banderstreiter eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volles um sich sammeln wird.“

10000 Freunde des Parlamentarismus

Nach den bisherigen Mitteilungen werden die Kreisverbände in Preußen rund 7000 Bewerber für die Kreiswahlvorschläge und die Landeswahlvorschläge benennen. Weitere 3000 Kandidaten werden aufgestellt werden für die Wahlen der Landesparlamente in Bayern, Württemberg, Anhalt und Hessen.

Neichsfinanzminister Dietrich wird am Sonnabend, dem 9. April in Frankfurt a. M. noch einmal zur Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg aufstehen. In den nächsten Wochen wird er dann im preußischen Wahlkampf in Halle, Kettwitz, Frankfurt a. O., Görlitz und Altona sprechen.

Catilinarier

Von

DR. ERICH EYCK,

Der Historiker, der später einmal die soeben durch die Veröffentlichung Seviers belastet gewordenen Vorbereitungen der Nationalsozialisten für den Tag der Reichspräsidentenwahl sich in der Rühe seines Studierzimmers ver gegenwärtigte, wird vielleicht mit einem gewissen Vergnügen feststellen, daß sich alles in der Weltgeschichte wiederholt. So wie die S.A. sich bereit hielt, im Augenblick des so leichtfertig prophezeiten Wahlsieg des Hitlers die soatische Macht mit Gewalt zu überprüfen, so hatte eins Catilina sich am 20. Oktober des Jahres 62 v. Chr. bei der Konfliktwahl bereit gehalten, mit bemessenen Scharen den römischen Staat in seine Hände zu bringen. Und sießtand sonn der Geist des Catilina erster Catilinarischer Rede. Aber wie es sich damals zeigte, daß die ordnungsliebenden Elemente, wenn sie nur entslossen geführt werden, doch stärker sind als die Ruhelöser, so mißt sich auch Hitlers Anhänger am 13. März 1932 erlehren, daß sie die Widerstandskraft und Vernunft der Mehrheit des deutschen Volles stark unterschätzt hatten.

Aber freilich, so beiflügelt wie der läufige Historiker durch den Staat der Gewagnisse und seine verantwortlichen Organe die Vorbereitungen zum gewünschten Umsturz, die jetzt bekannt geworden sind, nicht betrachtet. Sie haben sich die Frage vorzulegen, ob es innerhalb eines geordneten Staatsvertrags überhaupt angestellt werden darf, daß eine Macht organisiert, die auf illegalen Methoden ihrer Führer an die Stelle der gerechtmäßigen Behörden setzt will.

Niemals hat ein Staat, der sich nicht selbst aufzugeben bereit ist, das zugesetzt. In seinem Wesen liegt es, daß er die weltliche Macht monopolisiert und jede konkurrierende Gewalt mit der Schärfe des Gesetzes unterdrückt. Neben sich hält der Staat sich und seine Perfektion durch die Strafen, die er gegen hochverrätrische Unternehmungen androht. Dabei liegt es in der Natur der Sache, daß der Staat nicht wartet, bis das hochverrätrische Unternehmen vollendet ist, sondern schon den ersten Anfangs- und Vorbereitungsbewerbungen mit Strafgegenstrafen entgegentritt. So belegt auch das deutsche Strafgelehrbuch in seinem S. 86 jede ein hochverrätrische Unternehmen vorbereitende Handlung mit Strafe, sofern nur dieses Unternehmen ein befreit, nicht nur theoretisch vorgetestet ist.

Die wichtigste Frage, die die Strafverfolgungsbehörden zu prüfen haben, wird die sein, aus ob den beizulegenden Dokumenten mit hinzuweisender Deutlichkeit hervorgeht, daß ein solches bei einem i m t i e s Unternehmen geplant war. Dafür genügt nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts, daß das Gesetz in der Vorstellung einerseits bestimmt Umsturz ge nommen hat, daß es als eine konkrete Gestaltung erachtet werden kann, ohne daß alle Modelleitäten der Ausführung beschlossen sein müßten. Auch ohne den Erwähnen der Strafverfolgungsbehörden vorbereitet zu wollen, darf man sagen, daß der unbefangene Weis dieser Dokumente den Einfluß erwartet, muß, daß sie einem einheitlichen Plan entsprechen, der auf den Tag gerichtet ist.

Wenn für den Tag der Reichspräsidentenwahl ein Einfluß der S.A. in Aussicht genommen, wenn dabei drei verschiedene „Marmelaten“ unterteilt werden, wenn die dritte Marmelaten als „Mobilisierung“ bezeichnet und dafür bestimmt wird, daß sie nicht nur Mobilmachung begeht und eisernen Nationen, sondern auch den Dienstanzug, der verdeckt mitgeföhrt werden soll, erfordert, so ist die Vermutung mehr als begründet, daß die Leitung der S.A. unter bestimmten Voraussetzungen am Tage der Reichspräsidentenwahl Handlungen vornehmen wollte, die in das geordnete Gefüge des Staates eingeschlagen hätten. Rümmt man hinzu, daß Baffen und Munition nach bestimmten Punkten transportiert werden sollten, daß Nachrichten und Blutdruck eingetragen wurde, daß am Bahnhofe die S.A. Männer systematisch gesammelt wurden, so hat man auch mehr Anhaltspunkte für die Konfliktierung des geplanten Unternehmens als in sehr vielen Fällen, in denen die Rechtsprechung der letzten Jahre nicht gesagt hat, die Vorbereitung eines hochverrätrischen Unternehmens festgestellt.

Bemerklich wird man zur Rechtsfestigung wieder sagen, wie dies einige besonders kluge Zeitungen schon heute tun —, daß all diese Vorbereitungen nur Abw e h r eines befehlten Angriffs bestimmt gewesen seien. Juristisch dürfte das, selbst wenn es tatsächlich geprägt, wenig belangreich sein. Der Staat hat zu seinem Schutz und zum Schutz

„Ein ermutigender Aufstakt“

Die erste Sitzung der Londoner Viermächte-Konferenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 6. APRIL

Die Londoner Viermächtekonferenz ist heute nachmittag zu ihrer ersten Sitzung im Beratungszimmer des Foreign Office zusammengetreten. Der Sitzung ging ein Trübspiel voraus, das der englische Premierminister den Delegierten gab. Den Verhandlungen haben auf deutscher Seite neben Staatssekretär von Bismarck der deutsche Botschafter von Neurath und Ministerialdirektor Pöhl, auf italienischer Seite außer Außenminister Guidi noch der Botschafter von Ciano und der Botschafter der Schweiz, auf französischer Seite außer Außenminister Briand noch der Botschafter von Briand und der Botschafter der Schweiz, auf russischer Seite außer Außenminister Tschernow und Botschafter von Tschernow teilgenommen. Die Delegationen sind durch den Finanzminister Sandini und den französischen Botschafter de Flentzien vertreten. Nach Beendigung der ersten Sitzung ist ein kurzes und nichtsagendes Communiqué herausgekommen.

„Es wurde ein Ausschuß gebildet, der über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Donaumonarchie sowie über die Art der für eine Lösung am besten geeigneten Maßnahmen zu berichten hat. Der Bericht soll morgen erstattet werden. Der Vertreter der vier Mächte kann weiterhin über eine kleine Sachverständigenausschusssitzung einsetzen, der die durch den längst verabschiedeten Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes angelichteten Fragen stellen soll.“

Dazu wird noch mitgeteilt: „Neuter erhält von autorisierten Seiten, daß die heutige Räumungsabstimmung der Viermächtekonferenz einen sehr ermutigenden Verlauf genommen habe.“

Der erste Tag der Viermächtekonferenz hat bereits gezeigt, daß das Problem der finanziellen und wirtschaftlichen Rettung der Donaumonarchie nicht von den schweren gleichzeitigen Problemen Europas und der Welt zu trennen ist. Das ist schon aus der Stellung zu erkennen, in der sich die vier hier tagenden Großmächte zu dem ganzen Problem, Frankreich und England als Völkerbundes, die in diesem Teil Europas Gedenkt haben, befassten, betrachten die Dinge natürlich von einem etwas anderen Standpunkt als Deutschland und Italien, die hier als Handelsstaaten auftreten. Umgekehrt sind aber Frankreich und England als Handelsstaaten auch an dem Wohlergehen dieser Handelsstaaten interessiert, und insbesondere hätte die finanzielle Erholung Deutschlands doch zu einem sehr wesentlichen Teil davon

ab, ob es seinen Handel mit den ost- und südeuropäischen Staaten wie bisher weiterführen und womöglich beleben und erweitern kann.

So ist es heute schon klar geworden, daß die eben in London begonnenen Verhandlungen ihre Auswirkungen auch auf den ganzen Komplex der Reparationsablagen haben werden. Die unmittelbare Aufgabe bleibt natürlich, die Sitzung für die Donaumonarchen zu finden, die diese Staaten wirtschaftlich und finanziell träftig, ohne die interessierten Großmächte wirtschaftlich und finanziell in neue Gefahren zu bringen.

Das ist offiziell Communiqué erkennen läßt, wird der eben veröffentlichte Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes zur Pöhl für praktische Hilfsmaßnahmen genommen werden. Diesmal wird also dieser Bericht nicht, wie schon so oft, interessantes statistisches Material für Zeitungsaufsteller liefern, sondern soll tatsächlich der Anlauf zu praktischen Maßnahmen werden.

Die Experten werden nicht vor Freitag — denn eher sonst der deutsche Finanzabteilungsleiter aus Berlin nicht hier sein — zusammenkommen können. Sie müssen ihren Bericht bis Dienstag vorbereiten, um ihn dem bis diezen Tag zusammenberufenen Völkerbundrat vorzulegen.

Morgen um 11 Uhr werden Sie nur die vier Hauptdelegierten zusammenfinden, um zu verabschließen, für die Sammlung am Freitagmittag den Verhandlungsbereich bereit zu richten und vorzubereiten. An dieser Sitzung wird von englischer Seite vornehmlich eine Konsultation bei seinem Amt stattfinden. Mac Donald für den

Deutschland übertragen wieder einen völlig frischen und lebhaften Einstand.

Einheitliche Währung?

P R A G, 6. APRIL

In politisch eingewehrten Prager Kreisen wird nicht ohne Besorgnis davon gesprochen, der französische Plan für die Hilfsaktion im Interesse der Donaumonarchen sehe nicht nur eine gemeinsame Haftung der fünf Donaumonarchen für alle und neue Anleihen, sondern auch ihre Währungsgemeinschaft vor. Ob diese Pläne sich bereits im jetzigen Stadtbau der Entwicklung verwirklichen werden, bleibt dahingestellt.

„Hilfe noch vor Mai nötig“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. APRIL

Frankreich hat ein Interesse daran, bei den gegenwärtigen Verhandlungen die Finanzhilfe für die Donaumonarchen mehr in den Vordergrund zu rücken als die Frage der Vorzugszulage, denn zu einer Regulierung des Zollsystems in den Donaumonarchen ist die Zustimmung Deutschlands und Italiens notwendig, die grundsätzlich auf die Weisheitsbegünstigungsmaßnahmen in den Donaumonarchen verzichten müßten, während die Finanztransaktionen auch ohne Deutschland und Italien durchgeführt werden können. Der „Temp“ kommt wiederum die debitorische Finanzlage Österreichs und Ungarns, denen sofort, noch vor dem Monat Mai, geholfen werden müßte, wenn man eine Finanzlaststoppa vermeiden will. Aber auch Rumänien scheint, wie der Botschafter Korrespondent des „Temp“ berichtet, einer dringenden Hilfe zu bedürfen.

Man rechnet damit, daß als erste Hilfe für die Donaumonarchen 8—10 Millionen Pfund notwendig sein werden. In französischen Finanzkreisen ist man von neuen Anleihen für die Donaumonarchen nicht sehr entzückt, wosfern man nicht be-

stimmt wirtschaftspolitische Gegenleistungen dafür erhält. Jedenfalls will man neue Kreide höchstens in dem Ausmaß geben, in dem sich das zur Zeit sehr liquide England an der Hilfsaktion beteiligt.

Die Berichte über einen bereits ausgearbeiteten neuen Währungsplan für die Donaumonarchen, worüber Petain heute früh von London aus im „Echo de Paris“ berichtet, scheinen bis jetzt zu bezweifeln. Insbesondere wird hier stets dementiert, daß eine Devalisierung der Donaumonarchen in Ausland genommen sei. Der Donauplan, wie die „Information“ hervorhebt, hat gerade den Zweck, derartige Entwertungen ebenso vorzutun zu vermeiden. Dagegen steht eine Beratungskonvention der schon bestehenden Auslandschulden der Donaumonarchen, die etwa 30 Millionen Pfund betragen, geplant zu sein.

Im Zusammenhang mit den Plänen einer einheitlichen Rötenmonaumonarchie werden die außerordentlich großen Devisenbilanzen aus diesen Ländern in der letzten Zeit beschönigt. So haben sie vom September 1931 bis März 1932 bei der Österreichischen Nationalbank die Devisenbilanzen von 950 auf 226 Millionen Franken vermindert, die der rumänischen Nationalbank von 254 auf 244 Millionen Franken, die der jugoslawischen Nationalbank von 182 auf 126 Millionen Franken. Nur die tschechische Nationalbank hat mit einer Verminderung von 994 auf 620 Millionen Franken ihren Devisenbestand einzigermaßen gehalten.

Marinovitsch verspricht „Neugruppierung“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

B E L G R A D, 6. APRIL

Der neue jugoslawische Ministerpräsident Dr. Marinovitsch verabschiedet in der heutigen Sitzung seines Antritts-Äcklungs.

General Jofotovitsch sei zurückgetreten, weil er seine Aufgaben als erledigt betrachtete. Grundlage des Programms des neuen Ministeriums bleibt die nationale und staatliche Einheit, weshalb die Regierung energisch für die Sammlung aller gefundenen Volkskräfte einzutreten werde. In der Übergangszeit, das der größte Teil des Volks dieser Grundlage anerkenne, werde die Regierung trachten, durch Neugruppierungen eine gefundene politische Einflussnahme herbeizuführen. Solange der Grundlage der staatlichen Einheit nicht von jedem eingenommen sei, müsse es noch eine unterschiedliche Behandlung mancher Parteikombinationen geben. Die Außenpolitik der Regierung werde nach den Vorschriften des Parlaments genehmigt werden.

Die Erklärungen wurden von einem Teil der Slawokriten mit lebhaftem Beifall, von einem anderen Teil mit Stillschweigen aufgenommen.

Im Laufe des heutigen Tages sind fünf kroatische Abgeordnete aus der Parlamentarientatsche des Einheitspartei der Regierung ausgetreten und haben unter Bischöflich des gewählten Ministers Dr. Nikola Mutschik eine eigene „Parlamentarientatsche der kroatischen Bauernpartei“ gebildet. In politischen

Kreisen nimmt man an, daß nach dem Rücktritt des Parteiführers und Ministerpräsidenten Josifowitsch noch weitere Abgeordnete aus der Einheitspartei austreten werden.

Gesandter Tacea zurückgetreten

Der Berliner rumänische Gesandte Professor Tacea ist zurückgetreten und wird wieder seinen alten Schrift zu der Botschaftsabteilung übernehmen. Gleichzeitig ist er auch zum Mitglied des neu gegründeten höchsten staatlichen Wirtschaftsrates ernannt worden. Zu seinem Nachfolger ist der rumänische Gesandte am Bataillon, Petrescu-Comen, der den Berliner Gesandtschaften bereits einmal innehatte, ernannt worden. Die rumänische Regierung hat im Laufe des heutigen Tages bereits um das Agreement für Petrescu-Comen nachgefragt.

Der „Mandschurische Staat“ lädt ein

Im englischen Unterhaus wurde mitgeteilt, daß der neuerrichtete „Mandschurische Staat“ den britischen Außenminister eingeladen habe, amliche diplomatische Beziehungen zu dem neuen Staat aufzunehmen. Die britische Regierung hat dies Ansuchen nicht beantwortet.

seiner Bürger seine eigenen Organe; die Polizei und im äußeren Teil die Reichswehr. Und diese Organe sind ohne Zweifel fast genug, ihre Aufgaben zu erfüllen, ohne auf die Unterstüzung ungefeierter S.A.-Männer angewiesen zu sein. Der Staat duldet nicht und kann nicht dulden, daß private Armeen, geheimräumige Organe, ins Handwerk pflanzen. Ein Staat, der einen Führer mehr oder minder bewaffneter Haußen einen Freizeit ausstelle, der ihm gestattete, seine Leute unter die Baffen zu rufen, kostet er sich nur in dem bedrohten oder unberührten Staaten befindet, das eine andere Seite sich der Macht bedrohten wolle, würde auf das Riuau der italienischen Zwergstaaten der Renaissance herabsteigen, deren Existenz von dem guten oder schlechten Willen eines Condottiere abhängig war.

Vorläufig kennt die Deutschenheit nur einen Teil des Materials, das die Polizei gefunden hat. Urtümlich, die den Vorwurf Landesverratlicher Täglich begründen, den Vorwurf der eines Führers mehr oder minder bewaffneter Haußen einen Freizeit ausstelle, der ihm gestattete, seine Leute unter die Baffen zu rufen, kostet er sich nur in dem bedrohten oder unberührten Staaten befindet, das eine andere Seite sich der Macht bedrohten wolle, würde auf das Riuau der italienischen Zwergstaaten der Renaissance herabsteigen, deren Existenz von dem guten oder schlechten Willen eines Condottiere abhängig war.

Dietrichs Aufkurbelungs-Plan

Der Führer der Staatspartei, Reichsfinanzminister Dietrich, sprach vor dem Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei über die nächsten Absichten und Pläne der Reichsregierung. Wie haben, so führte er aus, den harten Winter überstanden. Der kommende Sommer muß auch bewältigt werden. Vorlage für den nächsten Winter zu den nächsten Wintern. Hierzu müssen alle wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten benutzt werden. Die nötigen Vorbereitungen der Reichsregierung seien im Gang. Die Reichsregierung sei bereit, Verpflichtung als im Jahre vorher. Die Reichsregierung sei bereit, die vorsichtigen Verluste einer Wirtschaftsplanung zu machen. Die verschiedenen Aufstellungen und Interessen müßten zwar noch ausgestrichen werden, aber dieser Ausgleich werde erfolgen.

Die Landesliste der Staatspartei

In der gleichen Sitzung wurde die Landesliste für die Preußenwahl aufgestellt. An der Seite steht Hansomminister Dr. Scheidt, der gleichzeitig in Merseburg und Erfurt ausgesetzt ist. An zweiter Stelle steht als Frauenvorsteherin die bislagernde Abgeordnete Frau Dönhoff. Für die dritte Stelle ist Abgeordneter Halt-Köhn vorgesehen, der bisher Tatschauvorsteher der Landtagsdeputation der Staatspartei war.

Für die weiteren Plätze der Landesliste sind gemäß einem Antrag des Wahlkreises Westfalen-Süd die Spartenlandesleiter der einzelnen Wahlkreise vorgesehen, und zwar in der Reihenfolge der Stimmzahlen, die die Wahlkreise bei der letzten Reichstagswahl 1930 erhalten haben. Danach folgen auf den Landesleiter: Chefredakteur Otto Ritschle (Berlin-Potsdam 11), Direktor Pöhl (Berlin-Potsdam 10), Staatssekretär Schubert (Berlin), Rechtsanwalt Koch-Altona (Schleswig-Holstein), Abgeordneter Riedel (Potsdam 1), Bischöflicher Amtsherr Altenhain (Süd-Westfalen), Landrat Schmitz (Wien) (Vorarlberg), Beigeordneter Professor Ochsler (Düsseldorf), Dr. Böhner (Wagberg), Rabot, Gewerkschaftsleiter deutscher Angestellter (Frankfurt a. M.), Rechtsanwalt Dr. Grämel (Ostpreußen), Postamtmann Bartels (Süd-Hannover), Major a. D. Hauff (Bonn), Polizeipräsident Fieb (Westfalen-Paderborn), Handelsleiter Wieden (Hannover-Ost), Landrat Reumann (Breslau), Regierungspräsident Bieker (Weser-Ems), Dr. Marie Elisabeth Lüders (Arolsen-Trier), Dr. Jeilin (Oberösterreich).

Pädagogische Akademie Kiel bleibt erhalten

Sobald wie im Zentralrat für die gesamte Unterrichtsverwaltung durch den preußischen Unterrichtsminister verkündet, daß nachdem durch die Erhaltungsvereinbarung der 1. und 2. Sportvereine eingestellt werden, was doch vom 1. April 1932 ab nicht mehr, sondern nur mit pädagogischen Akademien zu schließen sind, die pädagogische Akademie in Kiel erhalten bleibt. Das dortige Lehrerseminar bleibt somit im Amt und die Studierenden werden weiter ihrem Studium abgleichen können.

Sparer beim Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern eine von den Landtagsabgeordneten Oberstaatssekretär Bauter-Süttigart gehaltene Abordnung der Börsenpartei (Reichs- und Volksbank für Börsen- und Aufwertung), welche die Wünsche des in dieser Partei vereinigten deutscher Sparer und Rentner nach unbedingter Abwehr aller irgendwie gefährdeten inflatorischen Vorstöße, nach Besserung des Zolls der Kleinmünzen, nach Erhaltung inflatorischen Kapitals durch Wiederherstellung alten Volksvermögens und nach Förderung der Kapitalbildung vorstellt. Die Abordnung bat den Reichspräsidenten, daß diese Fragen sowohl mit ihre Zusammenhänge mit Arbeitslosigkeit und Arbeitskrise durch einen besonderen Sachverständigenausschuß prüfen und beraten zu lassen.

Ministerialdirektor Meydenbauer gestorben

Im Alter von 59 Jahren ist der frühere Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Dr. Meydenbauer, gestorben. Er hat eine sehr lange Karriere in der Reichsregierung gemacht, die er bei der Kreispolizeiabteilung als Leiter des Württembergischen die Gesetzgebung organiserte. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst wurde er Direktor der Neuland AG, einer Siedlungsgeellschaft, die Hugenberg nachstand. Meydenbauer gehörte zu dem engen Freundeskreis Hugenburgs, der ihn auch in den Aufsichtsrat der Ufa entzog.

Theater-Subvention durch Rundfunk

Eine Forderung der Deutschen Bühnengenossenschaft

Die Deutsche Bühnengenossenschaft hat auf ihrer Düsseldorfer Tagung, die sich mit der durch die Abbaumassnahmen verursachten Notlage der Theater beschäftigt, eine Forderung aufgestellt, die schon seit Jahren von Theater- und Konzertgenossenschaften vertreten wird: Hilfe durch den Rundfunk! In einem Telegramm an Reichsflamme Berlin wird die Bitte ausgesprochen, „wenngleich es das kommende Jahr einen namhaften Teil der Rundfunk-Ueberschüsse zur Rettung der deutschen Bühnentum zur Verfügung zu stellen.“ Auch die sächsische Kritik, die der Präsident der Bühnengenossenschaft, Wallauer, an der preußischen Sparpolitik übt, schlägt mit der Forderung, daß eine derartige Unterstüzung durch den Rundfunk der lehre mögliche Ausweg aus der Theatertektonik.

Die Logik, die in dieser Forderung liegt, läßt sich nicht bestreiten. Der Rundfunk könnte nicht erzielen, ohne die Mitwirkung des künstlerischen Kräfte der Oper, des Schauspiels und der Orchester. Wenn die Finanznot den Staat dazu zwinge, diese Institutionen auf das äußerste Niedrig zu beladen und wieder überkämpfen abzubauen, so wird auch der Rundfunk dadurch in seiner künstlerischen Gestaltung aufs schärfste beeinflußt. Er führt, denkt man, so wird gefolgt, sein eigenes Leben unterstellt, wenn er die bedrohten Theatres durch eine Subvention vor dem Schlimmsten bewahrt. Im gleichen Sinne denkt man bei den Konzertplätzen für die Berliner Philharmoniker und das Sinfonie-Orchester an eine Unterstüzung durch den Rundfunk.

Im Reichsministerium steht dieser Vorschlag der Bühnengenossenschaft in leichten 10 Millionen, im Postamt zum Ausgleich für das Defizit in anderen lebenswichtigen Betrieben der Reichspost verwendet werden. Auch für das kommende

Jahr sind nach den Erklärungen des Reichspostministeriums die Betriebe restlos schuldet. Außer den finanziellen Zuwendungen, die schon bisher dem Preußischen Kultusministerium zur Verfügung gestellt wurden, könnten kleinere weitere Verpflichtungen eingegangen werden. Derartige Anträge an den Rundfunk seien auch ihrem Wesen nach völlig überdrüssig, weil in jede Uebertragung oder sonstige Mitwirkung von Theater und Orchestern jedesmal bar bezahlt werde.

Wie haben uns allmählich daran gewöhnt, daß die fälschlichen Erwähnungen heute in jedem Fall recht behalten. Es ist deshalb zu befürchten, daß auch diese Forderung nicht durchgeht. Die Stellungnahme des Reichspost wird um so weniger zu erschüttern sein, als sie nach ihrer Bekanntmachung eine Erfüllbarkeit mit stärkstem Nachdruck vertreten kann. Diese lästiglichen Schwierigkeiten seien sich natürlich nicht einfach negieren.

Wie ebenfalls langsam kann man sich vor der Fehde der kulturellen Ausbildung verabschieden. Wenn Theater zu genutzt werden, Orchester-Bereinigungen sich aufstellen, bedeutet das nicht nur verächtliche Persiflage der Künstler, nicht nur den Brud mit einer Künstlerfamilie an vielen Städten, die dem kulturellen Leben der deutschen Länder ihr befohlenes Recht geben. In der Verzweiflungssituation dieser Zeit wiegt ein solcher Brud noch viel schwerer: er bedeutet einfach das Verlieren von geistigen Kraftquellen für das Volk, die Verlieren von Werken, die noch in den Räumen Altpolpon in unserer Blaue gehoben. Der Kulturbrauch ist — gewiß unter dem Zwang der Verhältnisse — bereits bis an die äußerste Grenze durchgedreht worden. Auch hier gilt es, ein Existenzminimum zu wahren — besser gelingt — wieder herzustellen; und zwar mit aller Vorsichtung, die die finanzielle Entwicklung in den kommenden Monaten zuläßt.

durchführen lassen. Differenzen, die hier und da entstanden sind, werden nachdrücklich vor Gericht gelöst werden, hauptsächlich die Frage der Wohnungserneuerung durch den Mieter. In vielen Fällen sind die vier Prozent Mietanteile für Schönheitsreparaturen vom Mieter während der Wohnzeit einbehalten worden. Beim Auszug haben nun die Vermieter den Nachweis verlangt, daß dieser Anteil nach den Wohnung angute gekommen ist. Wo der Nachweis nicht beigebracht wurde, ist die Nachzahlung die Summe verlangt worden.

Der Tänzer Wafer

Erster Tag des van-Gogh-Prozesses

Wenn die dreißig Bilder, die der Angeklagte Otto Wafer in den Jahren 1925 bis 1929 verfaßt hat, und die, was schwere wiegt, von Kunsthändlern und Kunstmätern zu hohen Preisen gekauft wurden, nicht von dem verforbene Meister von Gogh selber stammen, so gibt es folgende trimmle Möglichenkeiten: Der Angeklagte kann gewußt haben, daß die Kunstwerke gefälscht sind, oder er kann von ihrer Echtheit überzeugt gewesen sein. Wenn er von den Fälschungen wußte, so kann er den Fälscher gekannt und mit ihm zusammengearbeitet haben oder er braucht über die Fälschung nichts zu wissen. Und wenn er eingewußt ist, so kann ein anderer der Fälscher sein oder er selbst. Die Hauptverhandlung soll darüber Aufschluß geben und zu ihrem Höhepunkt die Verneinung des Angeklagten.

Der Angeklagte läuft Gefahr, die Projektbeleger gegen sich einzunehmen durch die Art seines Sprechens. Er bringt die Worte mit müder Rücksicht unbeholfen und tonlos her. Er nutzt, wie es der Berliner nennt. Man gibt sich viel Mühe um ihn, ermutigt ihn, laut zu sprechen, legt ihm hierher und dorthin; aber er bleibt gleichmäßig unverändert. Vor seinen aufkommengängenden Ausführungen er führt er sich eine Hornbrille auf die Nase; aber auch das erhöht nicht die Deutlichkeit der Aussprache.

Soviel er also zu verlecken ist, klammert er unter allen Möglichen fest an diejenige, daß er selbst die Bilder für echt gehalten habe. Ob er sie noch dafür hält, darüber ist eine unumwundene Erklärung von ihm nicht zu erzielen. Nach seiner Erzählung hat er die Bilder, und zwar ihrer dreißig, als echte von Gogh in Kommission erhalten von einem Manne, den er jetzt den „Vorberbeiter“ nennt. Er nennt ihn ja, unentwegt und ohne sich je zu verbreiten, weil er die Personalen verfeindet will; angeblich unter dem Zweige seines Ehrenwortes. Nur zweit vorerst er, daß der Vorberbeiter ein russischer Einwanderer mit langem Namen, der sich in der Schweiz anfängt gemacht hat. Eigens? Von mittlerer Größe? Personal? Ja. Was für Personal? Wird verschwiegen. Wohnt er dort allein? Nein. Mit Familie? Ja. Was für Familie? Wird verschwiegen.

Dieser geheimnisvolle Vorberbeiter hat, so will der Angeklagte, das Gericht glauben machen, die dreißig von Goghs illegal aus Russland nach der Schweiz geschafft. Die Familie habe nicht geahnt, welchen Schlag sie mit den Goghs einzubringen. Die einzelnen Bilder seien teils vom Anfang an in der Schweiz abgepolzt, teils ihm in Berlin übergeben worden, die sehr erheblichen Erlöse habe er abgeliefert, unter Einbehaltung eines kleinen Gewinnes, einen Betrag von 80 000 bis 90 000 Mark will er als Darlehen zur Verfassung gefehlt bekommen haben. Zeugen, Schriftstücke oder sonstige Beweise für seine Erzählungen vermag er nicht beizubringen.

Was ist das für ein Mensch, der so sündbare Geschichten zum besten gibt? 33 Jahre alt, aber er sieht aus wie ein Kindling; eigentlich wie ein bleichliches Mädchen. Der Vater lebt als Maler in Berlin bei Potsdam; von mehreren Geschwistern malt ein Bruder in Düsseldorf und hat als Restaurator der verächtlichen von Gogh seine Hand im Spiege gehabt; auch eine Schwester geht mit dem Pinzel um. Er sieht sich nur bis zu seinem 15. Jahr auf die Schule geschickt worden und hat sich dann autodidaktisch weitergelebt. Schon sehr früh beginnt, nach seiner Erzählung, das Interesse für die bildende Kunst, und ebenfalls sehr früh, beinahe noch ein Knabe, fing er an, mit Kunst zu handeln. Dagegen fühlt oder daneben läuft eine Periode, in der er sich der Tänzererei beßt und auch öffentlich mit Tänzen auftritt. Tanzt er gut oder schlecht? Er selbst behauptet, daß er Erfolge hatte und daß eine Laufbahn als Tänzer ihm offenstand.

Die Familie des Vorberichters, so gibt er im Laufe seiner Verneinung an, habe in ihrer Sammlung auch berühmte alte Bilder gehabt. Er will aber nicht sagen, welche; denn das wäre gleichbedeutend mit Nennung des Namens.

Vorrichter: „Glauben Sie nicht, Angeklagter, daß die von-Gogh-Affäre in Russland bekannt geworden ist? Glauben Sie, daß es viele Leute gibt, die dreißig von Goghs besitzen haben? Glauben Sie also nicht, daß man in Russland längst weiß, um was es sich handelt?“

Angeklagter: „Wenn man es weiß, dann doch nicht durch meine Schuld. Für den von-Gogh-Standort kann ich nichts.“

Vorrichter: „Eedenfalls ist es für die Russen gleich, ob Sie den Namen nennen oder nicht. Aber für Sie ist es von höchster Wichtigkeit.“

Angeklagter: „Wenn ich nicht dachte, daß der Vorberichter hohe Fäden gehabt hätte, so würde ich seinen Namen sofort preisgeben.“

Was ist das, was der Angeklagte da treibt? Er kostet dem Gericht etwas vor. Es ist der international bekannte und

400-Meter-Turm am Messegelände?

Der Honnesplan wird ernsthaft erwogen

Der phantastisch anmutende Plan des Ingenieurs Hermann Honnef, riesige Turmbauten mit Windräderen zur Erzeugung elektrischer Stromes zu errichten, der vor einiger Zeit in ganz Deutschlandark Aufsehen erregte, ist auf ein positiveres Stadium eingetreten. Das Reichsverkehrsministerium hat von einem seiner Fachbeamten ein Gutachten ausarbeiten lassen, das den Plan im ganzen und groben ziemlich wohlwollend gegenüberstellt, allerdings aber noch nicht sämtliche technischen Einzelprobleme für betriebsfähig gelöst anführt.

Berlin sollte zunächst um einen Verfuchsturm mit fünf Windräderen mit einer Gesamthöhe von fast 400 Metern erhalten. Die Reichshauptstadt würde damit das höchste Bauwerk bekommen, das die Welt kennt; der Gießkunst ist 300 Meter; Woolworth Building in New York 235 Meter hoch. Der gigantische Bau würde auf dem Messegelände einen Funturm und Eichbaum errichtet werden und den Funturk selbst fällt um das Dreifache an Höhe überlegen — ein Bild, das man sich leicht in lebendiger Phantasie kaum auszumalen vermag; um so mehr, als die fünf rotierenden Windräder von 80 Meter Durchmesser, in 300 Meter Höhe montiert, einen leichtsinnig unvorstellbaren Anblick bieten würden. Die Leistungsfähigkeit eines solchen Verfuchsturmes wird auf 700 Millionen Ablaufwattstunden jährlich geschätzt.

Auch die Errichtung von Rechenzentrums, Büro- und Kontorhäusern und zuerst in neuen überlebensfördernden Etagen 200 Meter über dem Erdhoch soll geplant; die Höhe sollen in einem dreistufigen Aufbau so hoch befördert werden. Ein Teil des Stromes soll zur Bodenbelebung für Gemüseanbau benutzt werden, die rings um das Fundament des Windturmwurtes angelegt würden.

Sportpalaft-Kundgebung der A. P. D. aufgelöst

Auch nationalsozialistische Versammlungen aufgehoben

Die sehr spärlich befehlte Sportpalaft-Verhandlung der Kommunisten gelernt abend wurde kurz nach Beginn von der Polizei aufgelöst, weil die Verhandlungsteilnehmer einen politisch nicht gemeldeten Redner, einen Chinesen, das Wort erhielten, so daß der diensttuende Polizeibeamte mit einer Bewarnung eingreifen mußte. Die Polizei war ein wobende Kürm, der die geordnete Weiterführung der Verhandlung unmöglich machte. Die Aufklärung der Polizei war unzureichend.

Gleichzeitig schon kurz nach dem Abend einer nationalsozialistischen Verhandlung im Kreisverhandlungsbau an der Charlottenstraße politisch aufgelöst. Der nationalsozialistische Redner Proke erging sich während seiner Ausführungen in beleidigenden Äußerungen gegen den Reichstagsrotter, so daß er von dem Überwachungsstoffter des Schupo verworfen werden mußte. Daraufhin begannen die Teilnehmer der Verhandlung einen wilden Lärm und demonstrierten vor dem Offizier, daß die Verhandlung aufgelöst werden mußte.

Aus der Anklagebank geflüchtet. Vom Schöffen-gericht Berlin-Mitte wurde gestern der Führer einer Einbrecher-

Über weitere Einzelheiten des gigantischen Projektes wird noch zu reden sein, sobald die ganze Angelegenheit etwas weiter gereift ist. Denn vorläufig handelt es sich, die sei maßdrücklich betont, um die Möglichkeit, leineweise aber um die Gewiheit der chinesischen Durchführung (wie etwa fünf Millionen Mark wären würde); und alle darüber hinausgehenden Gerüchte sind als verfrüht zu betrachten.

Wohl sind bereits Versuchungen im Gange, eine Studiengesellschaft anzuordnen, um das Projekt in einem technischen Gesellschaft, Bauteam Schultheis, die Berliner Kampf-Mitgliedschaft und Technikfach genutzt. Diese Studiengesellschaft sollte zweitens in einer Finanzierungsgruppe übergehen.

Darüber hinaus aber, eben eine Meldungen, die von einem bereits erfaßten Russenbuden wissen wollen, den Täufchen veranschlagt, trifft es nicht zu, daß Reichsbaudirektor- oder Reichsverkehrsministerium bereits die erforderlichen Summen oder einen Teil benötigt haben sollten. Den an jüngstes Stellen wird erklärt, daß irgendeinerlei Verhältnisse, die die Durchführung eines Planes beeinträchtigen im Gegensatz zu den Meldungen einzelner Blätter, nicht geahnt werden.

Der ganze lästige Plan des Ingenieurs Honnef befindet sich also vorläufig noch in stadt-nasendi. Während aber noch vor einigen Wochen das Projekt nicht nur von steifstrennen Temporeinsichten ins Reich der Utopie verwiesen wurde, scheint heute durchaus die Möglichkeit gegeben, daß es bereits in absehbarer Zeit durchgeführt wird.

bande, Prüninga, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Als das Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

der Angeklagte unanständig den Gerichtssaal verlassen hatte. Nach

dem Gericht das Urteil verkünden wollte, stellte sich heraus, daß

Auf Stimmenfang bei den Beamten

Sie verpreden jedem Kinde, was es am liebsten hölt: dem Bauern hohe Kartoffelpreise, dem Arbeiter billiges Brot; sie sind in Hamburg sozialistisch, in Mecklenburg agraristisch, an der Ruhr liebköschen sie mit der Schwerindustrie. Die Beamten undwidern sie augenblicklich befondre Aufmerksamkeit; von zahrliechen Seiten werden uns Exemplare eines Blattes überbracht, die Beamten von einer Zentralstelle aus in die Böhmerwald, die Oberpfalz, die Westerwald, in ihnen verbergt, aus dem Geschäftsbüro eine Stimmung gegen die Regierung zu machen und dann

„Die R. S. D. A. P. wird im nationalsozialistischen Staat dafür sorgen, daß jedem Beamten eine auskömmliche Existenz gewährlich wird und sieht einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung als ihre vornehmste Pflicht dem Volke gegenüber an, wie der Minister für Arbeit und Sozialordnung in seinem Programm ausdrücklich hinzufügt.“

Besprechungen sind billig. Wie Hitler in Wirklichkeit über die Beamten denkt, hat er in seinem Buch „Mein Kampf“ un-

zweideutig geschildert: Ich wollte nicht Beamter werden, nein und nochmals nein . . .

Mir wurde gähnend übel bei dem Gedanken, als unsreier Mann einst in einem Büror sitzen zu dürfen, nicht Herr sein zu können der eigenen Zeit, sondern in auszufüllende Formulare den Inhalt eines ganzen Lebens zwängen zu müssen.“

Und dieser Wertung des Beamtenberufs entspricht ja auch das Verhalten der Nationalsozialisten, entsprechen die zahllosen Drohungen, mit denen die Beamten schon jetzt eingeschüchtert werden sollen, die ihre Pflicht auch dann erfüllen, wenn es Herrn Hitler nicht gefällt. Goebbels war es, der erklärte:

„Jeder Beamte, der den Kampf der N.S.D.A.P. zu verhindern gesucht hat, bei dem merken wir uns den Namen. Diese werden fehllos und pensionlos einmal aus dem Dienst entlassen.“

Das ist die „Altersversorgung“, über deren Ausbau die Nationen noch einen nicht überzeugenden Maßstab machen.

Reichsbeamten, die jetzt ihr Herz für die Beamten entdecken, weil sie deren Stimme haben wollen, haben die Rechtssouveränität der Beamten, eine Erinnerungshaft der neuen Staates, befämpft. Wo sie an der Macht waren, haben sie die Gelegenheit benutzt, um ihre Untergangenen zu schänden. Übergegen ist noch der Gewissensangst, den Friede auf die beiden thüringischen Beamten ausgewirkt, deren Mitarbeit er für die Erinnerung Hitlers zum Gedenkortkomitee in Hildburghausen brauchte. Die zuste Illustration darüber, die für die nationalsozialistische Beamtenfreundlichkeit spricht, ist die folgende:

von Beamten, die ihren Verfassungseid ernst nehmen (ein Lehrer zur Verantwortung gezogen, weil er im Unterricht die Person Hindenburghs gewürdigte hatte), Terror und Gewissensdruck, das ist die nationalsozialistische Beamtenliebe in der Praxis.

„Einer für Alle“

Die Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse haben in ihre Propaganda auch den Film eingebracht. In Berlin (Kamera Unter den Linden) und in 28 Großstädten werden im Rahmen eines Kulturfestivals-Programms zwei Werbe-Filme gezeigt, die der HoF-Agitation gegen den Reichspräsidenten mit einer eindrucksvollen Darstellung der Kriegs- und Nachkriegszeit begegnen.

Richt, Angriff und Volemit, sondern Ausklärung ist das Wesen dieser Propaganda. Wenn man weiß, wie seit Jahren in den nationalsozialistischen Blättern und Veröffentlichungen systematisch mit Tatkräftefälschung gearbeitet und alles historische Geschehen verzerrt wird, um die „Mißion“ Hitlers zu illustrieren, begreift man die Notwendigkeit einer Aktion, die im Bewußtsein der Masse das wahre Geschehen wieder herstellt.

Im padenden Sagen wird in dem Film „Einer für Alle“ die Tat von Tannenberg und die Befreiung Preußens gefeiert; dann der hoffnungslos Kampf gegen die wachsende Übermacht der Gegner, der Hunger in den deutschen Städten, das herofische Ausdauern bis zum furchtbaren Ende. In wenigen Bildern zusammenfassend folgt dann die Darstellung des Wiederaufbaus und des zähnen Ringens um die deutsche Freiheit. Wen erlebt, wie der Generalfeldmarschall im Jahre 1925 noch einmal das Opfer der persönlichen Hingabe auf sich nimmt, wenn sieht ihn auf der Fahrt durch das heilige Rheinland, umdrängt und umjubelt in dieser Stunde, die seinen Namen zum Symbol des deutschen Lebenswillens macht, man begreift die unermessliche Wirkung, die von dieser Persönlichkeit in die Welt hinausgeht.

Diese Darstellung braucht sich nicht gegen die niedrige persönlich Berücksichtigung des Reichspräsidenten zu wenden. Sie sagt nur aus, was war, sie zeigt das Bild Hindenburgs, und das genügt. Man darf der Wirkung dieser Vorführung, die nebenbei einen Wintersport-Film und einen ausgezeichneten Experimental-Film bietet, ge- mit keinem Wort entgegenwirken.

Briands Nachfolger in Genf

Der Präsident der Republik unterzeichnete ein Dekret durch das Senator Paul Boncourt zum ständigen Repräsentanten Frankreichs im Völkerbundrat an Stelle Aristide Briands ernannt wird.

Der Ruf der Saar
Die Deutsche Einheitspartei, die Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Wirtschaftspartei und die Zentrumspartei des Saargebiets rügten an das deutsche Volk einen Aufruf, in dem es heißt: „Deutsche! Schäfet nicht unter Schäfchen! In den großen nationalen Fragen waren wir an der Saar einig. Diese Einigkeit hat den Saargebiet dem Deutschland errettet. Stellt das Wahlrecht dem Saargebiet über das Parteiinteresse. Sei einig in dem einen großen Punkte, in Hindenburg!“

„Wie steht die katholische Kirche ...“

... zum Judentum — und zu P. Sladeczek?

Der Jesuitupfer Anna Sladeczek aus Dresden, offen
Bartag die Katholische Volksschule Berlin unter dem Thema
„Wie heißt sich die katholische Kirche zum Judentum?“ an-
gedrängt hatte, erwies sich als gründlicher Kenner jüdischer
Religionsgeschichte und zugleich als Befürworter von Formalismus. Die
gebrüderlichen Brüder, die von den Papsttreuen zur gewöhnlichen
Orthodoxie, von den Sudostjügen zum katholischen Glauben, gewichen
waren, heutigen sich in der jüdischen Religion, gewissen
Gebrauch und Gedenk, die jüdische Würdigung der katholischen
Kirche gegen den Geist des Alten Testaments führen
sind. Die jüdischen Orthodoxen, und die leidenschaftliche katholische Kampf-
stellung gegen die liberaltheistischen Ideen — das alles war eine
autoritative und deshalb bedeutungsvolle Auseinandersetzung
von Standpunkt der katholischen Lehre aus. Auch diese Ab-
lehnung des Judentumchristianismus, die Forderung, den einzelnen
Menschen die außerordentliche Gottheitlosigkeit aus dem Evangelium her-
aus zu ließen, war wahrlich, was jüdisch war.

Als aber der Theologe hinter den verdeckten Politikern zurücktrat, als der politische Prinzessin Slabodke einfliegte (will denn die logologischen Raufäulestriebe entstehen?) Staatsleute über den Unterricht der heutigen Juden an eingehen. Zweigen des Wirtschaftslebens verlaß, als die die Deutschen Judentum fürchteten aus „nationaler Wehrhaftigkeit“ aufzulösen. Und die Reaktionen auf die politischen Verhandlungen bestätigen, da man die Angst auf Erweiterung und Wehr der Kirche — gefühlt — gelangt — eine Rückbildung! Wie wollen nur Judenverschärfungen, das der gesetzte Platz aus einer woller Überzeugung behaupten, die jüdischen Berliner Bankiers, die das offizielle Württembergische Telegrafen-Büro gehörte, belämmern alle einflaufenende Deputen vorgelegt und bestimmen nach ihrem geschäftlichen Interessen, welche Radikale den deutschen Reichstag zu unterstellen seien. Stolze Bürger gab es aufglänzend, welche aber aus erhablste logische Geschäftsfäule unterließen ihm die Korrektheit ausdrücklich. Recht erstaunlich, daß die jüdischen Bankiers und Privatleute, welche sich nach bei letzteren ganz gewöhnlichem Verhalten, Staatsleute förmlich auf die Kirchliche Autorität berief. Das hätte ein Rektor der Katholischen Volkschule, der einem breiten Publikum die Stellung der Kirche zum Judentum darlegen sollte, unter keinen Umständen tun dürfen. phil.

**25 JAHRE
1907 - 1932**

Modische Neuheiten für die Dame

Weste
reine Wolle, in vielen Farben 5.90

Handtasche
Best mit Moltefutter, moderne Form, aus Modenleinen, ca. 26 cm 5.90

Derbytasche
echt Seffan, Autolack, mit großer Innenbügeltasche, Griffloch, Griff, ca. 20 cm 6.50

Der neue Polobinder
Abbildung 3 in vielen Farben 1.75

Schlauk-Krawatte
konfektioniert, letzte Neuheit, kunstseiden, Marocain, geflochten, Griff, ca. 20 cm 1.90

Pullover
sehr feisch, mercerisiertes Garn 7.90

Handtasche
mit Moltefutter, moderne Form, aus Modenleinen, ca. 26 cm 5.90

Derbytasche
echt Seffan, Autolack, mit großer Innenbügeltasche, Griffloch, Griff, ca. 20 cm 6.50

Schlauk-Krawatte
konfektioniert, letzte Neuheit, kunstseiden, Marocain, geflochten, Griff, ca. 20 cm 1.90

Woll-Dreieck
in vielen Farbstellungen 2.90

Club-Jacke
reine Wolle, in modernen Farben 9.75

Pullover
Abbildung 1 Handarbeit, aus Fili-Cordonet, mod. Farben 17.50

Schminckspiegel
mit Vergötzungsspiegel und beweglichem Handgriff 0.95

Chamäleontasche
mit apetem Bügel und Ledergrip, Innenbügeltasche, ca. 20 cm 10.50

Etui-Uhr
in Emaille, verziert, verdeckte Dose, mit guten Antwerker 11.50

Wollstoff-Gürtel
Abbildung 7 für das Frühjahr - Kosten minderung, aus Wollstoff, Schnalle, 3.75

Corselet
Korsett, mit Spitzenschlaufe, ohne Schnürung, vorzüglich, Sitz 4 Hälften 6.75

Puderdose
mit Sieb, Emaillefack, viele schöne Farben 1.85 0.95

Halsketten
in allen neuen Modefarben 1.65 1.00

Handschuhe Abbildung 4
Milanese-Kunstseid, Schlußform, mit breiten, reich verzierten Stulpen, 1.90

Wollstoff-Gürtel
Abbildung 7 für das Frühjahr - Kosten minderung, aus Wollstoff, Schnalle, 3.75

Taschentücher
Reinmako-Batist, weiß mit Hohlraum und Kordel, 6 Stück 0.95

Taschenflacon
Porzellan mit echter Silber 1.65

Leinen-Opanken
verarbeitete Sommerdecke, weiß und farbig kombiniert oder neue Modifarben, Paar 5.75

Unser Damen-Frisier-Salon
bietet erstklassige Bedienung bei moderner Hygiene und herabgesetzten Preisen

Taschentücher
Korsett, mit Spitzenschlaufe, ohne Schnürung, vorzüglich, Sitz 4 Hälften 6.75

Toilettenstischgarnitur
aparte Ausführung, 4-teilig echt Silber 21.00

Spangenschuhe Abbildung 4
oder Pumps, Handarbeit, Reparatur, Leder oder Klett, grau, echt Chevi. 14.50

Damen-Maß-Salon
Während der Jubiläumsverkaufs-Kostüme nach Maß, erstklassige Verarbeitung, beste Zusätze, von 165.- an

Nachthemd
guter Wäschebatist, weiß, farbig garniert, sehr apart 1.25

Geschenk - Bücher Ganzleder von Georg Hermann / Hermann Hesse / Thomas Mann Arthur Schnitzler, J. Verzeichnis auf Wunsch. Jeder Band in apetem Schutzhülle, Format 12x19 cm 3.90

Taschentücher
Reinleinen, mit Hohlraum und handgestickten Blumen 6 Stück 2.50

Schlafanzug
feinfld. Qualität, reizende Druckmuster 9 Stück 1.95

Hemdrose
lavabie, Reine Seide, handgestickt und Handholzraum 7.50

Etwas Besonderes:

Feurich-Keks in Blechdosen, 50 g Inhalt Dose 1.25

Jubiläums-Tafelschokolade 3 Tafeln 6,70 Tafel 0.25

1450

Jubiläums-Verkauf im KaDeWe

— Ein Ereignis für Berlin !

Gefahren der vorläufigen Vormundschaft

THE

DR. WALTER SACHS
erichtsdirektor in

AN GERICHTSDIREKTOR IN DÜSSELDORF

„In dem Hauptthema Schauspieler und Unterfangen“ hat sich in der „Vossischen Zeitung“ eine Erörterung der Frage geknüpft, ob die dargestellten Vorgänge juristisch möglich seien. Der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes, der einer Beschwerdekammer für Vormundschaftssachen vorsteht, zieht für die juristische Praxis wichtige Folgerungen.

Die Praxis ist sich dieser Tragweite der Entmündigung bewusst; von den eingesetzten Verfahren führt nur eine gelegentliche Teil zur Entmündigung. Man hat daher – teils bewusst, teils unbewusst – Erfahrungen gemacht, die Entmündigung ausgebildet, in erster Linie die Geschäftsfähigkeitseingeschränkung. Daneben aber dient auch die vorläufige Bormündigkeit als Entmündigungsburrogaat. So hat Dr. Werner Diamond auf Grund von Beobachtungen der Praxis in einer Schrift (Beiträge zur Kenntnis d. Rechtslebens, hg. v. Prof. Rosbaum, Verlag Siebeck in Tübingen) dargelegt, die zeigt, wie fruchtbar die rechtsfahrlässige Erfüllung, das Eingehen auf den Bedienstetenmandat und die Entmündigungsfähigkeit von Rechtsinstitutionen, die Beobachtung des lebendigen Rechts, gerade auch für den Bormündigkeitsfristler ist, der Erfahrungen so nötig hat, und sie nur so langsam selbst zu sammeln vermag.

einheitlichen Einheitsabrechnungsverfahren nicht ganz außer Betracht ließen, vielmehr doch die Einleitungsverfügung des Einheitsabrechnungsverfahrens in den öffentlichen Voranzeigeverfahren zu prüfen ist. Hierfür ist zu empfehlen, die Prinzipien des Antrahellers, die Versteigerungsmaßnahmen sowie die auf diesen anzuwendenden gesetzlichen Verteilungsprinzipien zu prüfen. Hierbei ist zu beachten, ob ein Grundstück in mehrere Baulandflächen unterteilt ist, ob ein Befreiungsvermerk vorliegt. Richtig ist, dass in der Kinder eines Frau in mittleren Jahren durch geführte Gruppierung und Besteuerung eines Talzehens die Anordnung der B. herbeigeführt hatten, die auf ein schwindvölkische Grundlage beruhte als im Fall Claussen; es lag nicht weit, wenn der Talzehend, d.h. eine ehemals reiche Gruppe, als gesetzliche Unterstehenden, die ihre Vermögen zum großen Teil verloren hatte.

Die **öffentliche** Anerkennung der zu Entmündigenden durch den **Normalbundsförderer** eingesetzt, es war aber, entsprechend weit verbreiteter Uebung, von ihrer **mündlichen Anhörung** abzuwenden. Gewiss muß das der Anordnung einer **Verhölung** unterliegende Verfahren **stummförmig** sein, aber in allen Regeln sollte die **persönliche Anhörung** stattfinden, und nur etwa in **derselben** Fällen verbleiben, die § 654 Abs. 3 ZPO für das Entmündigungs-Verfahren aufzuheben.

Entscheidungen oberster Gerichte

Beamteneigenschaft als Folge der Wahrnehmung obrigkeitlicher Funktionen

und grobe Fahrteneigenschaft begeben haben. Nach pensionsbe-

For more information, contact the Office of the Vice President for Research and the Office of the Vice President for Student Affairs.

bedarf, physisch-technische Tafelröhre, um Fehler zu vermeiden, die durch die Unvollkommenheit der technischen Ausführung entstehen. Die Röhre ist in den der Anwälte, die der Aufsichtsräte in Richtung gegen den Antimittelbündigen breiten und den Eintum-Mutzen entmachten hat, zum R. befehlt wird, sind in der Vertrags feineswegs selten. Wegen diese Personen auch den Willen zur obiettiven Führung des Amtes Hoffnung, so ist ihre Befehlung doch verfehlt. Wem kann diese Hoffnung, so mit ihrem Hinweis auf moralische Werte - Charakter, Unparteiischkeit, Willensstärke - widerlegen. Die Wille zur Objektivität gibt keine sichere Gewähr dafür, daß nicht auch die politischen und beruflichen Beziehungen, ebenso wie die persönlichen Beziehungen der Aufsichtsräte, die Wohl getroffen, so erlaubt der Aufsichtsrat, ausführlich, ausreichend, Trost und Vertrau in dem Befreien, das Vormund zu befehlten. Denn seine Behauptung, daß der ausgewählte Vormund die Interessen des Antragsteller und ihres Kreises wahrennehmen werde, ist kaum beweisbar. Und die auf dem Gegenstand richterlichen Ab- lehnungsentscheid geltende Aufsicht, daß auf die obiettive Anficht des Ablehnenden Rücksicht zu nehmen ist, ist bei der Frage der Entlastung eines Vormundes leider nur in engen Grenzen anerkannt. Um so vortheilhaft sollte der V. R. bei der Auswahl des

Am oder Weiteres als ungeeignet erachtete.
Alle Gefahren, die dem Institut der v. B. anhaften, hat
Gebhart Hauptmann aufgezeigt. Die Bormundshäufstädte
entnehmen seinem Werk die Wohnung, vor der Anordnung
der v. B. die Gefahrensäuse des Entm.-Verehns nicht
eher Acht zu lassen, den Petrosenien vor der Entscheidung
Aussicht mündlich zu hören, über die Person des in
Aussicht genommenen v. Bormundes ihre Angenommen auf die
Motive des Antragstellers zu richten und endlich bei der Aus-
wahl des Bormundes Vorzüglich zu lassen. Hauptmann
war juristisch einandertreter. Der Dichter be-
lehrt den Richter. Nicht umgekehrt.

wohl des Vormundes Voricht walten zu lassen. Hauptmann war juristisch einwandfrei beraten. Der Dichter belehrt den Richter. Nicht umgekehrt.

